

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 18 vom 18.01.2013

Sitzung Hauptausschuss zu BER-Desaster

Dieter Dombrowski: Ministerpräsident Platzeck schiebt Zeit- und Kostenfragen zum BER auf lange Bank

Nach der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Landtags Brandenburg zum BER-Desaster sagt Dieter Dombrowski, Vorsitzender der CDU-Fraktion:

„Ministerpräsident Platzeck hat in der Sitzung nichts präzisiert. Die essentiellen Zeit- und Kostenfragen zum BER werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden Platzeck auf die lange Bank geschoben. Sein Schicksal an das des Flughafens zu koppeln, wird zu einem hartnäckigen Abwarten der Landtagswahl 2014. Er definiert keine Eckpunkte zum Fortschritt des Flughafens, an denen zukünftig der Erfolg seines Handelns von den Bürgern gemessen werden kann.

Die wirtschaftliche Perspektive des Flughafens steht unter Ministerpräsident Platzeck völlig in den Sternen. Er gibt bislang keine Antwort, wie ein weiteres Beihilfverfahren gegenüber der EU begründet werden soll.

Sein plötzliches Einsehen, dass eine aktuelle Luftverkehrsprognose für Kapazitätserweiterungen notwendig ist, kommt zu spät. Er hatte jahrelang die Möglichkeit, sich für mehr Transparenz in der Frage der Kapazitätserweiterungen einzusetzen. In der Potsdamer Erklärung der CDU Brandenburg wurde die Landesregierung schon im März 2012 aufgefordert, ein Konzept für die notwendige Erweiterung der Luftverkehrskapazitäten für die Region Berlin-Brandenburg vorzulegen.“

Zum Hintergrund

Das Gutachten von dem Flughafenexperten Faulenbach da Costa hat ergeben, dass der Flughafen zur geplanten Eröffnung wesentlich zu klein konzipiert war und, dass der BER nach der geplanten Eröffnung ein betriebswirtschaftlich negatives Ergebnis haben wird. Im Genehmigungsverfahren für die zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro Nachfinanzierung der Gesellschafter hat die Flughafengesellschaft jedoch der EU angegeben, mit diesen Mitteln alle notwendigen Investitionen durchführen zu können und Gewinne in Aussicht gestellt. Da jetzt bekannt ist, dass weitere Nachfinanzierungen notwendig sind, ist der Beweis gebracht, dass die der EU angegebene Fakten falsch waren.